

## Kindertagesstätten: Finanzierung durch Erbschleicherei? *Not kennt kein Gebot (und macht erfinderisch...)*

Die Versorgung mit Kita-Plätzen wird nicht besser. Nach wie vor stehen weit über 200 Kinder auf der Warteliste. Es fehlt an Gebäuden und Räumen, aber auch an Personal, um geschaffene Plätze und Stellen auch besetzen zu können. Seit dem 01.08.2013 muss gemäß § 24 SGB VIII für jedes Kind zwischen 1 und 3 Jahren ein Platz in einer Kindertagesstätte (Kita) verfügbar sein. Das hat der Bundestag beschlossen. Die Umsetzung des Baus von Kindertagesstätten und die Einstellung von Personal hat man aber einfach mal nach unten an die Städte und Gemeinden "durchgereicht." Wie die damit zu recht kommen, ist ihre Sache. Die Stadt Mörfelden-Walldorf hat für den Unterhalt ihrer Kitas jährlich einen zweistelligen Millionenbetrag im Haushalt eingestellt – der mit Abstand größte Posten. Aber es reicht hinten und vorne nicht. In ihrer gnadenlosen Weis-

heit hat die CDU-geführte Mehrheit des Hessischen Landtages auch noch gesetzlich festgeschrieben, dass sogenannte "freie Träger" beim Einrichten von Kitas nicht nur berücksichtigt, sondern sogar bevorzugt werden müssen. Die Kirchen sind hier mit ihren Kindertagesstätten mit "gutem" Vorbild vorangegangen: Sie unterhalten konfessionell ausgerichtete Kitas – aber einen Großteil der Betriebskosten und so manches andere bezahlen nicht die Kirchen, sondern die Stadt Mörfelden-Walldorf und somit wir alle. Sind die Kirchen wirklich so arm wie die sprichwörtliche Kirchenmaus? Man möchte es bezweifeln. Herr Tebartz-van-Elst läßt grüßen...

Die – theoretisch – als Entlastung gedachte Zulassung und Bevorzugung "freier Träger" ist somit ein Schuß, der nach hinten losgeht: Für das Geld, das die Stadt den Kirchen und anderen

"freien Trägern" bezahlt, könnte sie (fast) genausogut eigene Kitas unterhalten. Neuerdings hat die Stadt sogar beschlossen, einen Zuschuß zu den Personalkosten zu leisten, wenn es sich die "freien Träger" nicht leisten können, ihren Erzieher\*innen den gleichen Tarif zu zahlen wie die Stadt. Die Stadt ist zur Melkkuh von allen mög-

*Fortsetzung auf Seite 2*

### **Gibt 's Krieg?**

Wer Sinne hat, ist beunruhigt. Zu Recht! Kriege gab's immer, aber bei uns ist's 78 Jahre her, dass Mama, Oma und Uroma in den Keller mußten. Vater, Opa und Uropa trieben sich - nicht immer freiwillig - in Russland herum oder in Afrika. Seitdem blieb Deutschland vom Krieg verschont. Das hat sich jetzt geändert. Noch fallen zwar keine Bomben auf deutschen Boden, aber deutsche Bomben fielen schon 1999 auf Jugoslawien und trieben dort die Menschen in den Keller. Und am Hindukusch sorgten auch deutsche Natotruppen dafür, daß die Opiumproduktion florierte, während Zivilisten starben. Deutsche Waffensysteme, von Ukrainern bedient, schießen in der Ukraine mit. Das Baerbock meinte: „Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland.“ Angeblich ein Versprecher... Kriege muss man verhindern, bevor sie ausgebrochen sind. Wenn die Bomber fliegen, sind sie kaum zu stoppen. Es gibt Anzeichen, dass der richtige Zeitpunkt, Krieg auf deutschem Boden zu verhindern, ge-

*Fortsetzung auf Seite 2*



*In die Erweiterung dieses kirchlichen Kindergartens soll das Erbe der Eheleute Arnoul fließen. Das Testament sagt aber etwas anderes. Welchen Teil von "ausschließlich" und "Zwecke der Wilhelm-Arnoul-Schule" hat die Stadtspitze hier nicht verstanden?*

Fortsetzung von Seite 1

lichen freien Kita-Trägern geworden. Derzeit sind drei Kita – Projekte in der Planung: Die evangelische Kirche will ihre Kita in der Flughafenstraße vergrößern. In das von der Kreissparkasse Groß-Gerau in der Langstraße Walldorf aufgegebene Filialgebäude soll eine private KiTa einziehen. Und das Mörfelder Familienzentrum errichtet eine "naturnahe Kindertagesstätte" am Markertsweg. Alle drei Projekte haben eins gemeinsam: Die Stadt zahlt den Großteil der Kosten für Bau, Einrichtung und den Kauf von Ausrüstungen (z.B. Bauwagen für die "Natur-Kita), sie zahlt jeweils den Löwenanteil der Betriebskosten. Sie bekommt dafür aber keinen Gegenwert. Weder gehen Immobilien in das Eigentum der Stadt über, noch verfügt die Stadt über besondere inhaltliche Mitspracherechte. Sie darf nur eines: Zahlen. In so einer Situation greift man natürlich nach jedem Strohalm. Um zusätzliche Gel-

Fortsetzung von Seite 1

nau jetzt ist. Warum? Es gibt ein Muster: (1) Fremde Reichtümer und Märkte sollen dem großen Kapital einverleibt werden. Das gilt fast immer, auch im scheinbaren Frieden. Was ist jetzt neu? Es kommt (2) eine Wirtschaftskrise hinzu und eine Inflation. Die Leute werden unruhig. Der Unmut muß in ungefährliche Bahnen gelenkt werden: am besten nach rechts. Die AfD wird als Ausweg angeboten und die präsentiert den Schuldigen für alle Übel: den bösen Flüchtling. Die anderen Parteien sind beglückt und stimmen in den Chor der Unmenschlichkeit ein. Dass sich (3) Russland in den Krieg in der Ukraine hat hineinziehen lassen, der schon seit 2014 in niedriger, gleichwohl tödlicher Intensität im Gange ist, kam der Rüstungsindustrie und ihren Militaristen gerade recht. Sie entfachen (4) eine Welle kriegerischer Stimmung in allen Medien. Ein Kriegsminister namens Pistorius wirft sich in Positur wie seit Adolf nicht mehr und kommandiert in die Welt hinaus, wir müßten "kriegstüchtig werden". „Bild“ steht Gewehr bei Fuß und titelt: „Generation Jammerlappen“. Die hintergründige

der für die Erweiterung der evangelischen Kita in der Flughafenstraße in die Hand zu bekommen, betreibt die Stadt etwas, was man beim besten Willen nur als Erbschleicherei bezeichnen kann. Sie will die Arnoul-Kommission auflösen, die seit 1962 über die Verwendung der Erträge des Nachlasses der Eheleute Arnoul wacht. Die Erträge dieses Vermögens sollen nach der testamentarischen Verfügung der Eheleute "ausschließlich für Zwecke der Wilhelm-Arnoul-Schule verwandt werden, und zwar sollen aus dem Ertragnis der Erbschaft besonders begabte, aber bedürftige Schüler, die sich weiter fortbilden wollen eine Studienbeihilfe für den Besuch einer Universität, technischen Hochschule, Staatsbauschule, Ingenieurschule, Chemieschule oder gleichgearteter Anstalt erhalten." Die Stadtverwaltung will jetzt das Vermögen auflösen und in die Finanzierung des Baus der (Kirchen-)Kita stecken.

Dazu hat sie ein Gutachten der Rechtsanwaltskanzlei Schlempp (Wiesbaden) eingeholt. Diese Kanzlei hat schon öfter der jeweiligen Mehrheit im Rathaus mit bestellten (und teuren) Gutachten aus der Patsche geholfen. Dazu kommt die Ausrede, man fände auch beim besten Willen kaum noch geeignete Stipendiat:innen. Befragte Juristen schüttelten verwundert den Kopf, und im Grab der Eheleute in Neu-Isenburg sollen starke Rotationsgeräusche zu hören sein. Die Finanzierungsstrukturen der erwähnten Kitas sind ohnehin das, was der Volksmund "windig" nennt, und unsere Fraktion hat ihnen nur deshalb zugestimmt, weil die gegebenen Rahmenbedingungen der Kommune kaum eine andere Wahl lassen, wenn man den Kindern auf der Warteliste den ihnen rechtlich zustehenden Kita-Platz verschaffen will. Aber was hier getrieben werden soll – das geht eindeutig zu weit.

Botschaft: Wer nicht hart arbeiten will, für den gibt's immer noch die Armee. (5) Demonstrationsrechte werden eingeschränkt: die Polizei entscheidet, welche Parole gerufen werden darf. Widrigenfalls wird die Demo aufgelöst und Teilnehmende verhaftet. Wer eine Demo anmeldet, wird überprüft, ob

unseren Verbündeten voran (...) Sie ist das Leuchtturm-Projekt der Zeitenwende, das nicht nur nach außen wirkt, sondern auch in die Truppe hinein. Jede und jeder spürt: Est ut sis was bei der Bundeswehr. Wir erleben die Zeitenwende nicht nur passiv mit, sondern wir gestalten mit. Deutschland zeigt damit echte und sehr konkrete Führung in Europa und in der NATO. Wer mir bei dieser, meiner historischen Aufgabe der Wehrhaftmachung der deutschen Nation in den Arm fällt, den werde ich zerschlagen.“ (Oh pardon, der letzte Satz ist gar nicht von Pistorius, sondern von Adolf Hitler...) (7) Die Regierung und die anderen Parteien, die vom Kapital gesponsert werden, plündern die Staatskassen für eine - seit Adolf



er oder sie schon mal unangenehm aufgefallen ist. Wer es wagt, sich über die mehr als 5.000 getöteten Kinder in Gaza zu sorgen, wird zum Antisemiten erklärt. Flüchtlinge aus Nahost, ohnehin als Menschen zweiter Klasse betrachtet, werden ggf. abgeschoben. (6) Deutsche Kriegsschiffe kreuzen vor China. In Litauen bauen „wir“ eine Kaserne für 4.000 deutsche Soldaten. Der Sozialdemokrat Pistorius verlautbart: „Mit der Brigade Litauen marschieren wir in Absprache mit

nicht mehr so große - Aufrüstung. Es riecht nach Krieg. Noch haben sie die Jugend nicht auf Kriegskurs gebracht, auch wenn sich der Rüstungslobbyist Klingbeil und die grünen Wadenbeißer alle Mühe geben. Noch ist Zeit, den Lautsprecher des multinationalen Finanzkonzerns „Blackrock“, den die CDU zu ihrem Chef gemacht hat, in die Wüste zu schicken. Es ist jetzt die Zeit, sich zu wehren! Wenn der Krieg einmal begonnen hat, dauert er Jahre.

## **Kreissparkasse Walldorf:**

# **Ein faules Ei**

Seit die Kreissparkasse ihre Filiale in der Walldorfer Langstraße geschlossen hat und ihre Kunden in das "nahegelegene Beratungscenter" (1.4 km!) kommen müssen, ist das Thema "Bankautomat in der Altstadt" ein Dauerbrenner. Aber: Die Bank will nicht mitspielen. Eine Einwohnerin der Langstraße hatte sogar ihren Vorgarten in der Nähe der geschlossenen Bankfiliale für die Aufstellung eines Automaten angeboten. Ihr wurde die Firma Euronet ins Haus geschickt, die u.a. für die Kreissparkasse solche Terminals aufstellt. Die Firma legte einen Vertrag vor, der nur einen einzigen Pferdefuß hat: Der aufzustellende Automat soll lediglich ein Geldautomat sein, und nicht das, was die Anwohner haben wollen: Ein Bankautomat, der die "4 Basics" anbietet, nämlich Geld einzahlen, Geld abheben, Kontoauszüge lesen / ausdrucken, und Überweisungen tätigen. Auf Rückfrage erklärte der Firmenvertreter, der "extra aus Berlin angereist" war, dass die Kreissparkasse das nicht wolle. Warum? Wir

wissen es nicht. Das Thema "Ausdünnung des Filialnetzes der Sparkassen" wird derzeit in ganz Deutschland diskutiert. Namhafte Fachleute kritisieren die in kommunalem Besitz befindlichen Banken dafür, dass sie diesen Geschäftsbank-Trend mitmachen, obwohl ihre Satzungen sie zu etwas anderem verpflichten. "Experten stellen in Frage, ob die Geldhäuser ihrem gesetzlichen Auftrag noch gerecht werden" stellte Report Mainz dazu fest. Das Internetportal "bezahlen.de" informiert: "Daher müssen Verbraucher verstärkt auch an institutsfremden Geldautomaten Bargeld abheben, was jedoch immer öfter mit höheren Kosten verbunden ist. (...) Mittlerweile ist es bei den meisten großen Banken,

Sparkassen und Volksbanken so, dass Sie bei einer Bargeldverfügung an einem institutsfremden Automaten mit einer Gebühr zwischen 3,50 und 4,95 Euro rechnen müssen". Hier ist auch das einzige Bonbon, das der Automat von "Euronet" anbietet: Abhebungen für Kunden der Kreissparkasse sollen "nur" 90 Cent kosten. Ein faules Ei also. Bleibt die Frage, warum sich der Vorstand der Kreissparkasse dermaßen heftig sträubt, seinem satzungsmäßigen Auftrag nachzukommen und dem "gemeinen Nutzen" zu dienen. Ob's daran hängt, dass eine "übermäßige" Investition in eine bedarfsgerechte Infrastruktur den Gewinn und damit die Bezüge der Vorstandsmitglieder schmälert?



Die Filiale der Kreissparkasse in der Walldorfer Langstraße ist weg. Das "Beratungscenter" ist 1.4 km entfernt. Deshalb muss hier ein Bankautomat aufgestellt werden.

## **Zum Gedenken an Peter Härtling, Ehrenbürger der Stadt Mörfelden Walldorf**

# **Die Fragenden**

Im Jahr 1980, als die Erinnerung an das KZ-Außenlager Walldorf noch nicht selbstverständlich war; als sich die Stadtverordnetenversammlung noch sehr schwer tat, dem Antrag der DKP zuzustimmen, einen Gedenkstein zu setzen; als Bürgermeister Bernhard Brehl noch sehr mißtrauisch war und gegenüber einer amerikanischen Zeitung sagte, er wolle "keinen Fehler in

Stein machen", da schrieb der Schriftsteller Peter Härtling "Drei Kalendergeschichten aus meinem Land". In der zweiten Geschichte mit dem Titel "Die Fragenden" schilderte er die Arbeit von uns drei jungen Kommunisten aus Mörfelden und Walldorf, die 1978 die Existenz des Lagers ans Licht brachten. Peter Härtling beendete diese "Kalendergeschichte" mit den Worten: "Da sie nun das schreckliche Schweigen begriffen hatten, da sie genau und un-

*erbittlich nacherzählen konnten, was geschehen war, legten sie Wert darauf, daß ein Stein mit einer Inschrift an die verleugnete Stätte erinnere. Wieder wehrten sich die Stimmen. Dann mußten auch die Opfer des Kommunismus. Wenn überhaupt. Warum überhaupt? Ihre Geduld setzte sich durch. Den Stein wird es geben."* Tatsächlich wurde der Gedenkstein beschlossen und noch im Jahr 1980 gesetzt.

Wir waren Peter Härtling für diese literarische Unterstützung unserer Arbeit sehr dankbar: Mit großer Freude waren wir dabei, als die Stadt Mörfelden-Walldorf am 30. September diesen Jahres einen Platz ganz in der Nähe seines Walldorfer Hauses nach ihm benannte.

*Die (auch heute noch) Fragenden: Herbert J. Oswald, Gerd Schulmeyer, und Alfred J. Arndt.*



# Parkplatzmarkierungen in der Mörfelder Altstadt: **Der Deal mit den Anwohnern sah anders aus**

Gelb, gelb, gelb sind alle meine Kleider,  
gelb, gelb, gelb ist alles, was ich hab'.  
Darum lieb' ich alles, was so gelb ist,  
weil mein Schatz ein Kranführer ist.

*(Aus einem Kinderlied)*

*Man fragt sich, ob das Ordnungsamt  
deshalb in der Altstadt so abschlepp-  
freudig ist...*

Die angekündigte Probezeit zur "Lösung des Parkproblems" in der Mörfelder Altstadt hat begonnen. Die engen Gassen wurden zu verkehrsberuhigten Zonen umfunktioniert. Damit verbunden wurden die viel diskutierten Parkplatzmarkierungen aufgebracht, zunächst nur in gelb für eine Probezeit von drei Monaten. Die Linien waren kaum aufgemalt, schon war der Ärger und die Enttäuschung bei den Anwohnern der Altstadt groß. Die Leute fragen sich: Warum hat man mit uns Begehungen gemacht und unsere Aspekte in einer Anliegerversammlung angehört? Warum hat man Absprachen getroffen, von denen jetzt viele nicht eingehalten werden? Vor allem sind nun einige unserer Befürchtungen eingetreten. Anstatt mit den Anwohnern nochmal in den Dialog zu gehen, gab es gleich nach der Markierung die ersten Knöllchen und Autos wurden abgeschleppt. Bei der Anliegerversammlung und den Begehungen wurde von Seiten der Zuständigen der Stadt verkündet, dass es nur geringe Reduzierungen der Parkplätze geben werde. Jetzt stellt sich heraus, dass drastisch weniger Parkstände markiert wurden als erwartet und abgestimmt. Am stärksten betroffen ist die Hintergasse. Ein großer Teil der Parkflächen wurde entgegen den Absprachen aus den Lokalterminen mit Bauamt, Ordnungsamt und den Anwohnern festgelegt. Man hat sich einfach erlaubt, von den gemeinsam abgestimmten Plänen abzuweichen. Es gibt einige Parkstände, die für "normale Autos" zu klein sind, und für Kleinwagen zu groß. Die Markierungen gehen überall bis an die Hausfassaden. Dort stehen auch jetzt Fahrzeuge bis an die Hausmauern,

wodurch einige Anwohner ihre Klappläden nicht öffnen und schließen können. Eigentlich wurde hierzu eigens ein Abstand von 40 cm vereinbart. Fragwürdig ist auch die Einführung von seitlich versetztem Parkraum wie in der Grabenstraße. Kommt da die Feuerwehr wirklich besser durch als vorher? Einen Vorteil gibt es. Es stehen jetzt kaum noch Transporter und Kleinbusse in den Gassen. Dafür aber jetzt um so mehr in den umliegenden Straßen. Es gibt durch diese Maßnahme generell einen größeren Parkdruck in den angrenzenden Wohngebieten. Autos lösen sich halt nicht in Luft auf, sondern müssen, so oder so, irgendwo stehen. Das gilt, nebenbei, auch für

Elektroautos, für die unsere Grünen doch so viel Werbung machen. Man darf gespannt sein, wie sich das Ganze noch entwickelt. Es stellt sich die Frage, ob die Zuständigen der Stadt die Anwohner nochmal zu einer Beteiligung einladen und dann vor der endgültigen Umsetzung wirklich auf ihre Einwände und Ideen eingehen. Man hatte ja ursprünglich eine gemeinsame Lösungsfindung unter Beteiligung der Anwohner verkündet. Oder ist es der Stadt wurscht, wie das läuft, weil sie ja hintenrum immer noch vorhat, irgendwann, wenn die nächsten Bürgermeister- und Kommunalwahlen vorbei sind, die kostenpflichtige Parkraumbewirtschaftung einzuführen?



## **Glyphosat**

Eigentlich sollte Glyphosat ja verboten sein. Wer hat sich denn da wieder durchgesetzt? Könnten es die Bayer-Aktionäre und ihre Vertreter in den Parlamenten gewesen sein? Auf der Facebookseite der DKP/Linke Liste veröffentlichten wir dieses Plakat und hatten innerhalb kurzer Zeit über 1.000 Klicks und 103 shares. In der Tat ist das Thema wichtiger als je zuvor. Die landwirtschaftlichen Flächen rund um unsere Stadt werden zu einem großen Teil von Landwirten aus Nachbargemeinden bewirtschaftet. Oft geschieht das ohne Wissen der Eigentümer, die in ihrer Mehrzahl Erbgemeinschaften sind und ihre Ackerflächen nicht selbst bewirtschaften können oder wollen. Grenzsteine und Ackergräben sind "verschwunden", einzelne Äcker nicht mehr auszumachen, weil die auswärtigen Landwirte benachbarte Flächen einfach

zusammengelegt haben und "querzackern", ohne jemanden zu fragen. Was die Landwirte auf diesen Flächen an Dünger und "Breitbandherbiziden" ausbringen, unterliegt kaum einer Kontrolle. Ebenso wenig ihre "Entnahme" von Grundwasser. Die Stadtverwaltung muss passen – sie wird nicht informiert, und wenn doch, kann sie wenig tun. Die Sache mit dem "Glyphosat" wird uns also noch eine Weile beschäftigen. Und: sie erleichtert die Beantwortung der Frage "Regional oder Bio?", die sich regelmäßig beim Einkauf stellt, eindeutig zugunsten von "Bio".

**Glyphosat wurde um weitere  
10 Jahre zugelassen!  
Erst wenn der letzte Vogel tot  
und das letzte Insekt  
verschwunden ist, werdet ihr  
merken, dass  
Glyphosat doch giftig ist...**

# Volxmund

## Ein Theaterstück von -kon

*Vor einem Kiosk stehen die Herren Senf, Mayo und Ketch.*

**Ketch:** Sie überschlagen sich fast, die Medien. Zwei Spalten von oben bis unten in der Neuen Presse, ein Kommentar einer Frau Wagenhaus. Heftige Anteilnahme an den aktuellen Ängsten der deutschen Juden. Is ja 'ne feine Sache, daß die Bürgerlichen keine Jagd mehr auf Juden machen. Viel Solidarität mit Israel. Sie holen nach, was sie während der Nazizeit versäumt haben. Supi!

**Mayo:** Wann kommt das Aber?

**Ketch:** Kein Aber. Als damals die Juden in die KZ kamen, waren die Kommunisten schon drin. Wenn die Krise heftig wird, die Bevölkerung merkt, daß das Kapital sie in die Armut führt und rebellisch wird, dann brauchen die Bürgerlichen die Faschisten, dann reichen die bürgerlichen Parteien nicht mehr aus, die Löhne und die Arbeitslosen ruhig zu halten. Die Nazis versprechen jedem alles und brüllen sich 'nen Wolf. Auch etliche Bild-Leser rennen ihnen nach. Sie präsentieren einen Schuldigen für alles: das waren damals die Juden und die Marxisten. Dem Kapital kam das gerade recht.

**Mayo:** Wieso?

**Ketch:** Die Juden wurden enteignet und die Arsch – pardon – die „arischen“ Geldleute machten Schnäppchen aus dem Vermögen reicher Juden. Eigentlich wollten sie die Juden nicht ausrotten, sie wollten nur lästige Konkurrenz aus dem Weg räumen. Es hätte ihnen gereicht, wenn sie sie alle nach Palästina geschickt hätten. Erst als die Nazis den Traum des deutschen Kapitals wahr gemacht haben und die Arbeiter und Bauern nach Russland geschickt haben, wo sie ein bißchen frieren und sterben durften für die großen Profitler, haben sie mit dem Massenmorden begonnen.

**Mayo:** Und warum dann erst?

**Ketch:** Weil der Krieg im Osten länger dauerte, als sie sich ausgerechnet hatten. Jetzt mußten riesige Armeen ernährt werden und die Zivilbevölkerung war ein lästiger Mitesser. Die Kommunisten haben sie gleich erschossen. Die Juden haben sie zuerst in Ghettos eingepfercht und dann ins Gas geschickt – das heißt: vorher wurde noch selektiert: wer noch arbeitsfähig war, konnte noch eine Weile für die deutschen Konzernherren schufteln. Russen wurden nach Deutschland geschafft, zur Zwangsarbeit, Kriegsgefangene zu Zehntausenden erschossen oder verhungern lassen. Wie gesagt: unnütze Esser... Für das Ka-



pital zählt nur der verwertbare Prolet...

**Senf:** Daran hat sich wenig geändert. Ich habe gerade den Kommentar gelesen. Nach 180 Zeilen Solidarität mit den Juden steht hier: „Wahrheiten wurden ausgesprochen (im Frankfurter Stadtparlament), vor denen wir uns so lange gedrückt haben: Es gibt alltäglichen Antisemitismus, es herrscht Integrationsunwilligkeit, Parallelgesellschaften haben sich auch in dieser Stadt breitgemacht.“ Guck an, Flüchtlinge sind wieder unnütze Mitesser, Arbeitskräfte, möglichst gut ausgebildet, nehmen sie mit Kusshand. Es wird wieder selektiert... der Schuldige ist gefunden: „Die unnützen Asylanten sind unser Unglück“. Die Aufrüstung kostet ein Schweinegeld. Da müssen die kleinen Leute zur Kasse. Damit sie nicht gegen's Kapital und seine Politiker meutern, wird ihnen ein Sündenbock präsentiert... Die Bürgerlichen sind wieder in ihrem Element.

**Ketch:** Du bist aber heute wieder böse drauf...

## Fehlende Schilder im Wald, oder Schilderwald ohne Waldschilder

Im Wald und Feld im Umkreis unserer Stadt fehlt ein recht großer Teil der Wegmarkierungen, Namensschilder und Standortpunkte für Notfälle. Die Ursache ist, dass einige Bäume gefällt wurden, wo diese Schilder befestigt waren (oft sogenannte "Verkehrssicherungsmaßnahmen" - die Waldwege werden wegen des Einsatzes von Harvestern immer breiter und die Bäume nahe an den Wegen müssen dran glauben). An manchen Stellen sind die zur Anbringung genutzten Holzpfosten marode oder die Schilder selbst verwittert. Diese Schilder und Markierungen sind maßgebend zur Orientierung für viele Leute, die sich in der Natur bewegen. Vor allem sind sie wichtig für die Angabe bei einem Notfall zur Ortung der Einsatzstelle für die Rettungskräfte.





**Allen unseren Leserinnen und Lesern ...**

...danken wir für die Treue, die sie dem "blickpunkt", Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf, auch in stürmischen Zeiten gehalten haben. Wir wünschen schöne Festtage und viel Glück im neuen Jahr. Ob politische Vernunft und Solidarität im Jahr 2024 einen höheren Stellenwert haben werden, wird von den meisten bezweifelt. Wir hoffen es trotzdem und kämpfen dafür.



## Klimakleber vs. Sesselpicker\*

### Wie die Machtverhältnisse den Blickwinkel verändern

Terroristen! Eine kriminelle Vereinigung! Eine Gefährdung für die öffentliche Sicherheit! Mit diesen Worten begründen Politiker und Medien das harte Vorgehen gegen die Klimaaktivistinnen der Letzten Generation. Doch warum machen sie das? Was steckt hinter dem rigorosen Vorgehen gegen diese Gruppe? Und was ist die Letzte Generation überhaupt? Die Letzte Generation ist ein Zusammenschluss von Klimaaktivist:innen aus Deutschland, Österreich und Italien. Das Bündnis bildete sich 2021 aus Teilnehmer:innen eines Hungerstreiks. Ihr Ziel ist es, durch zivilen Ungehorsam auf die fehlende Klimapolitik der Regierungen aufmerksam zu machen, Ihre bekannteste Aktionsform ist das Festkleben auf Straßen, weshalb sie umgangssprachlich auch als Klimakleber bezeichnet werden. Doch warum genau bringt das unsere Regierungen dermaßen in Rage, dass sogar der Verfassungsschutz aktiv wird? Das Auftreten gegen Regierungskritiker:innen in nicht-westlichen Staaten ist regelmäßig Thema in den Medien. In Deutschland zeigt sich heute ein ungewöhnlich scharfes Vorgehen gegen Klimaaktivist:innen. Es kam bereits zu bundesweiten Razzien und noch nicht rechtskräftigen Haftstrafen. In Österreich ist das Vorgehen bis dato noch etwas gemäßiger. Auch hierzulande wird schon offen zum Widerstand gegen Kli-

makleber aufgerufen. Gewalttätige Aktionen gegen sie mehren sich. Hört man Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) zu, so kann man den Eindruck gewinnen, es handle sich um Schwerstkriminelle. In mehreren Interviews bezeichnet der ehemalige Bürgermeister der Dollfuß-Museum-Gemeinde\* Textingtal Klimaaktivist:innen als Extremisten. In Wahrheit sind weder die Forderungen der Letzten Generation besonders radikal, noch geht von ihnen eine Gefahr für Leib und Leben aus - anders als von der durch Karners Partei verfolgten EU-Politik des Massensterbens im Mittelmeer. Die Unterschiede der Vorgangsweise zwischen Deutschland und Österreich lassen sich vermutlich dadurch erklären, dass Grüne und Sozialdemokratie sich in Österreich mit den Klimaklebern solidarisieren, während sie in Deutschland ihren Protest verurteilen - den harten Arm des Kapitals stellen mit der ÖVP ja hierzulande gerade andere. Während also bereits von vielen Seiten Repressionen durchgesetzt werden, erklären uns Rechte, allen voran Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm, wie sinnlos die Forderungen der Letzten Generation seien. 2020 gab es ein Klimavolksbegehren in Österreich, welches von 400.000 Menschen unterstützt wurde. Um der Bewegung den Wind aus den

Segeln zu nehmen, wurde ein Klimarat aus 100 zufällig ausgewählten Personen gebildet, die den Querschnitt der Gesellschaft abbilden sollten. Diese erarbeiteten 93 Empfehlungen, die durchaus mehrheitsfähig erscheinen, so etwa ein Verbot für Lebensmittel, oder ein Versiegelungsstopp. Mitte 2022 wurden diese der Regierung übergeben. Umgesetzt wurde bis jetzt kaum etwas. Grund dafür ist unter anderem, dass Politiker:innen eine breite Agenda an Aufgaben zu bewältigen haben. Das oberste Ziel ist es dabei, immer die Interessen des Kapitals durchzusetzen. Ein weiterer Grund, warum die Letzte Generation von stärkeren Repressionen betroffen ist als üblich, sind die Protestformen, die sie wählen. Staatlich tolerierte Demonstrationen verlaufen meist mit Anmeldung bei den Behörden. Dabei drückt man für ein paar Stunden seine Unzufriedenheit aus, geht dann nach Hause und die öffentliche Ordnung ist wiederhergestellt. Das Festkleben an Straßen oder Farbaktionen an Brunnen bricht jedoch mit diesen Normen. Kritik ist erlaubt, solange es bei Forderungen bleibt. Für alles darüber hinaus hat man mit der vollen Repression des Staates zu rechnen. Die Maßnahmen, mit denen der bürgerliche Staat gegen seine Bürger:innen auftritt, werden immer hemmungsloser; seiner Profitlogik kann nur die organisierte Arbeiter:innenklasse die Stirn bieten und ihn dorthin verweisen, wo er letzten Endes hingehört: auf den Schrottplatz der Geschichte.

Gekürzt aus: "Vorneweg" 3/23 dem Magazin der kommunistischen Jugend Österreichs.

*\*österreichisch für Leute, die an ihrem Stuhl kleben*

*\*Engelbert Dollfuß (\* 4. Oktober 1892 in Texting, Niederösterreich; † 25. Juli 1934 in Wien) war ein österreichischer Politiker. 1932 auf demokratischem Weg ins Kanzleramt gelangt, nutzte Dollfuß eine Geschäftsordnungskrise bei der Nationalrats-sitzung vom 4. März 1933 zu einem Staatsstreich. Nach der Ausschaltung von Parlament und Verfassungsgerichtshof regierte Dollfuß diktatorisch.*



## Pferderomantik oder Brutalo-Technik im Wald?

# Wer hilft hier wem auf die Sprünge?

"Der Natur auf die Sprünge helfen: Pferdegespann unterstützt den Aufbau einer neuen Waldgeneration". So titelte unlängst der *Freitagsanzeiger* über einem Foto, das zwei "süddeutsche Kaltblüter" beim Waldeinsatz zeigt. Womöglich ist es tatsächlich so, dass HessenForst daran glaubt, der "Natur auf die Sprünge helfen" zu können. In Wirklichkeit ist es aber eher umgekehrt. Die Natur hilft uns auf die Sprünge, wenn wir nicht bald eine ökologische Waldwirtschaft anstatt des Profitstrebens von HessenForst einführen. In Wirklichkeit ist es so, dass schmale Waldwege (wie zum Beispiel der Hegbachweg) mit schwerstem Gerät befahren werden, wodurch die Wege umgepflügt und stückchenweise verbreitert werden. In Wirklichkeit ist es so, dass unser Wald außerhalb der "Vegetationsperiode" stellenweise aussieht wie ein Panzerübungsplatz – da ist nichts mit Pferderomantik. Von schonender Waldwirtschaft kann hier keine Rede sein, zumal HessenForst angekündigt hat, in diesem Winter noch eine Menge "Kalamitätsholz einzuschlagen", was auf Deutsch heißt, dass auch der letzte durch Trockenheit und Sturm geschädigte Baum abgeholzt wird, um noch ein

paar Euro am Stammholz zu verdienen, anstatt das Totholz im Wald zu belassen, wie es viele Forstspezialisten empfehlen, um ein einigermaßen natürliches Waldwachstum zu fördern. Der Biologe Pierre Ibisch, Professor für Naturschutz mit den Schwerpunkten Waldökologie und Waldbewirtschaftung an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde sagt dazu:

*"Lebendes und totes Holz sind das Material, das einen Wald zum Wald macht. Es*

*sind langlebige Strukturen, die thermische Masse, Energie und Wasserspeicher sowie Lebensraum ausmachen. (...)* Zudem sorgt Totholz dafür, dass mehr Kohlenstoff in den Bodenspeichern gelangt. Das alles ist sehr einfach zu verstehen. Die Ignoranz ist hier allerdings sehr ausgeprägt."

(Siehe auch: *Nicht die Wälder, die Forstplantagen sterben. blickpunkt Nr. 621 / November-Dezember 2022, Seite 2, [www.dkp-mw.de/public/blickpunkt/pdf/2022\\_11\\_621.pdf](http://www.dkp-mw.de/public/blickpunkt/pdf/2022_11_621.pdf)*



Ausriß aus: *Freitags-Anzeiger*, 94. Jahrgang · Nummer 46, Freitag, 17. November 2023



## Demo für den Frieden

Ein breites Spektrum an linken Gruppen, Organisationen und Parteien, Friedensinitiativen und Kriegsgegner:innen nahm an der Friedensdemonstration am 25.11 in Berlin teil. Der weit über 10.000 Personen starke Marsch wandte sich gegen die deutsche Rüstungspolitik. Die DKP war mit einem starken Block vertreten, aus dem heraus vor allem für Völkerverständigung und den Austritt Deutschlands aus der NATO geworben wurde. Sogar in der SPD regt sich jetzt schon Widerstand gegen den Plan der FDP, angesichts der "Haushaltskrise" die Strom- und Gaspreisbremse schon Ende des Jahres zu beenden – anstatt erst im März 2024. Damit würden höhere Gas- und Heizkosten auf uns alle zukommen. Sogar einige Investitionen in die Wirtschaft sollen auf der Strecke bleiben. Rüstungsausgaben dagegen bleiben. Unser Bild zeigt Dietmar Treber, Stadtverordneter der DKP/LL. Er nahm an der Demo teil und brachte viele Fotos mit.

# Stadtgeschichten



"Es reicht jetzt! Genug ist genug!" war die Reaktion der Mehrheit der Bundesdeutschen, als die US-Amerikanische Luftwaffe ausgerechnet in der Vorweihnachtszeit des Jahres 1972 begann, Nordvietnam zu bombardieren. Der Vietnamkrieg war ungerecht, unnötig und die USA hatten ihn schon längst verloren. Spätestens durch dieses Bombardement wurde er verbrecherisch. Hinter der harmlos klingenden Codebezeichnung "Operation Linebacker II" verbargen sich die schwersten Bombenangriffe der US Air Force seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Vom 18. bis zum 29. Dezember 1972 wurden 729 B-52-Einsätze geflogen, dabei wurden 15.237 Tonnen Bomben auf 18 industrielle Ziele (sprich: auch Arbeitersiedlungen) und auf 14 militärische Ziele abgeworfen. Die amerikanische Folk-Sängerin Joan Baez weilte damals gerade mit einer Delegation der US-Friedensbewegung in Hanoi und erlebte die Angriffe mit. Auf ihrem Album "Where Are You Now, My Son?" untermalte sie einen Song mit Tonbandaufzeichnungen der Bombenabwürfe. Die "Weihnachtsbombardements" erreichten trotz aller Zerstörungen und ziviler Opfer ihr Ziel nicht. Sie scheiterten am unbeugsamen Willen des vietnamesischen Volkes, hinter dem die Mehrheit aller Völker der Erde stand, einschließlich eines Großteils der Amerikaner, die in massiven Demonstrationen diesen schmutzigen Krieg ihrer Regierung verurteilten. Zweieinhalb Jahre später mußte die Arme der USA aus Vietnam abziehen. Unter dem Eindruck der Ereignisse hatten sich am 24. Dezember 1972 Mitglieder und Freunde der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) vor der evangelischen Kirche in Mörfelden versammelt, um Geld zur Unterstützung des vietnamesischen Volkes zu sammeln. In ihrem Flugblatt zitierten sie die Weihnachtsbotschaft des Lukasevangeliums, "Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen." (Lukas 2:14), um auf den schreienden Widerspruch zwischen dem glaubenseifrigen und rührseligen Weihnachtsrummel (nicht nur) der USA und den furchtbaren völkerrechtswidrigen Bombenangriffen hinzuweisen. Die Geldsammlung war überaus erfolgreich und erbrachte mehrere hundert DM von freundlichen Kirchenbesuchern. Auf dem Bild sehen wir unter anderem den heutigen Stadtverordneten der DKP/LL Dietmar Treber (2. von rechts) und den DKP/LL-Stadtrat Alfred J. Arndt (links). Viele Erinnerungen ranken sich um die zwischenzeitlich verstorbenen SDAJ-ler und Kommunisten Peter Knodt (4. von links) und Helmut Uttrich (3. von rechts). Sie sind unvergessen.



## "Heilig"abendparty 24.12.2023 ab 22:00 Uhr

Garantiert frei von Tannenbaum und Adventskranz bietet der KulturBahnhof allen Unterschlupf, die genug haben von Gänsebraten, Geschenkebergen und Blockflöte spielender Kleinstverwandtschaft. Geboten wird der bewährte Mix aus Cocktails und Stromgitarre.



dkp-mw.de



youtube.com/sdajtv



Instagram.com/dkpmoewa



facebook.com/DKPLinkeListe

Mehr Infos:



## Unser Lexikon

### Schbrisch

Es iss wie's iss,  
sunst wärs  
jo anners.